

„Soziale Marktwirtschaft – ein christliches Auslaufmodell?“

Dr. Franz Segbers

These 1: Es gab einen wirtschaftspolitischen Leitbildwechsel von der Sozialen Marktwirtschaft zu einem neoliberalen Kapitalismus, der die tiefere Ursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise darstellt. Dieser Leitbildwechsel wurde von der Politik und vielen Wissenschaftlern angestoßen und nachdrücklich propagiert.

„Wie ein Riss in einer hohen Mauer.“ Dieses Wort des Propheten Jesaja ist der Titel einer Erklärung des Rates der EKD zur Wirtschaftskrise. „Wieder hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Wir sprechen von der Zeit nach der Krise – wie vor zwanzig Jahren von Deutschland nach der Wende. Noch vor Jahresfrist war ein so plötzlicher Umschwung unvorstellbar. Wo eben noch Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer galten, war plötzlich der Ruf nach dem starken Staat zu hören.“ Die wirtschaftlichen Eliten haben diesen Riss durch ihre Verantwortungslosigkeit verursacht. „Die Verantwortungslosigkeit, die in die globale Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat, kann katastrophale Folgen haben – wie der Riss in einer hohen Mauer.“ Die EKD prangert die Verantwortungslosigkeit der wirtschaftlichen Eliten an. Sie haben den Staat und seine Regulierungskompetenz diffamiert, eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise herbeigeführt und jetzt beginnt die Mauer einzustürzen. Wenige Tage dem Wort des Rates der EKD veröffentlichte der Papst eine lang erwartete Sozialzyklika „*Caritas in Veritate*“. Mit diesem Mahnruf wollten die Kirchen die Menschen auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Sommer 2009 aufrütteln. Hat wirklich eine neue Zeitrechnung begonnen? Gab es eine Wende, die klug geworden ist und ihre Lehren aus der Krise gezogen hat.

Banken und Politik haben laut Umfrage im Handelsblatt vom 3.11.2010 nicht aus Finanzkrise gelernt, so im Handelsblatt: „Das Fundament für eine neue Krise ist gelegt.“ Das glaubt laut einer Umfrage der Personalberatung LAB & Company unter 418 deutschen Managern die Mehrzahl der befragten Führungskräfte. 80 Prozent gaben an, die Finanzwirtschaft habe rund zwei Jahre nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers die Ursachen der Finanzkrise noch immer nicht erkannt und keine wesentlichen Schritte eingeleitet, um eine Wiederholung zu vermeiden.

- 80 Prozent gaben an, die Finanzwirtschaft habe rund zwei Jahre nach der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers die Ursachen der Finanzkrise noch immer nicht erkannt und keine wesentlichen Schritte eingeleitet, um eine Wiederholung zu vermeiden.
- „Die Banken haben lediglich die Branche gewechselt. Statt Immobilienblasen haben wir jetzt Rohstoff- und Nahrungsmittelblasen“, sagte einer der Umfrageteilnehmer.
- Die Befragten glauben, der Finanzwirtschaft fehlte der Wille, Konsequenzen aus den Lehren der Vergangenheit zu ziehen.
- Und der sei aus Sicht der Banken auch gar nicht nötig: Solange der Markt maximale Renditen fordere und klammen Geldinstituten bereitwillig aushelfe, werde sich nichts ändern. Die Politiker haben nach Einschätzung der Manager das Spiel nicht verstanden und seien somit auch nicht in der Lage, die Regeln sinnvoll zu ändern.
- Die nächste Krise für den Euroraum sei somit bereits programmiert. Ziel der Politik müsse sein, die Finanzwirtschaft als Dienstleister der Realwirtschaft zu positionieren. Das erfordere jedoch, die Mechanismen der Branche zu durchschauen. Daran fehle es aber der Politik.

Die Politik hat jetzt das Ende der Wirtschaftskrise angesagt. Die Exporte springen wieder an. Was gerade noch Fachleute als die schwerste ökonomische Krise seit der Großen Depression diagnostiziert hatten, scheint vorbei zu sein. Banken, die gerade noch unter Einsatz immenser staatlicher Mittel vor dem Zusammenbruch bewahrt worden waren, fahren wieder riesige Gewinne ein und die Vorstände und Investmentbanker erfreuen sich wieder millionenschwerer Boni. Das weltweite Spielkasino dreht sich wieder. Banker bekommen wieder Millionengehälter und die Aktienkurse steigen. Die Gier auf neues schnelles Geld treibt die Täter von gestern heute wieder an die Roulettische zurück – und kein Türsteher kontrolliert sie. Woran erkennt man das Ende der Wirtschaftskrise? An den Wachstumsraten? An den Aktienkursen oder den steigenden Boni der Banker?

Die Wirtschaftskrise ist beileibe nicht überwunden, sondern wird erst jetzt in seinem ganzen Ausmaß sichtbar.

Erstens: Das Ende der Krise ist nicht mit dem Steigen der Aktienkurse anzusetzen, sondern mit dem Sinken von Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise ist überwunden, wenn die Armut sinkt.

Zweitens: Die Wirtschaftskrise kommt jetzt erst in den Bund, Ländern und Kommunen an. Um die Banken zu retten, hat der Staat sich über alle Maßen verschuldet. Die Schulden

müssen jetzt von den Bürgerinnen und Bürgern zurückgezahlt werden: Die Folgen der sozialen Kürzungen werden sich in den nächsten Jahren bitter zeigen.

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ist nicht einfach vom Himmel gefallen. Sie ist das Ergebnis einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten großen Einfluss auf die politischen Konzepte auch in unserem Land gewann. Im Kern dieser Wirtschaftsphilosophie steht die Auffassung, dass nichts effizienter sei als der Markt. Mehr Markt und weniger Staat- das war der jahrzehntelang gepredigte Glaubenssatz.

Seit Mitte der achtziger Jahre heißt es allenthalben:

- Die Finanzmärkte liberalisieren!
- Die öffentlichen Leistungen privatisieren!
- Staatliche Regelungen abbauen!

Die Dreieinigkeit von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung ist nicht allein ein wirtschaftspolitisches Konzept, sondern eine ethische Grundüberzeugung. Diese Grundüberzeugung hat sich als irrig gezeigt.

Bevor dieser falsche Ansatz der neoliberalen Politik sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt hat, hatte sie schon die soziale Krise verursacht. Wirtschafts- und Finanzkrise einerseits und die Sozialkrise andererseits sind zwei Seiten derselben Medaille, beide Auswirkungen einer verfehlten und falschen Politik. Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitswelt gehören zum funktionierenden Finanzmarktkapitalismus wie das Wasser zum Duschen. Wer also Armut mitten im Reichtum überwinden will, der muss den Finanzmarktkapitalismus überwinden.

Vertrauen auf die „Unsichtbare Hand des Marktes“ wurde jahrelang gepredigt. Dass dieses Vertrauen falsch war und dass der Markt ohne rechtliche und politische Schranken nicht funktionieren kann, belegt die Krise. Für beide Kirchenworte ist „Verantwortung“ der ethische Gegenbegriff zum Marktgläubigkeit. Wir haben eine Systemkrise des Kapitalismus und nicht Probleme mit verantwortungslosen Eliten. Die Manager und Banker waren verantwortungslos gierig – so eine häufige Kritik. Doch Gier ist aber keine individuell zurechenbare Untugend sondern strukturell bedingt. Kerngedanke ist, dass der

Markt es schon richten wird. „Mehr Markt – weniger Staat“ ist das Motto. Dieses Motto begründete eine Politik der Deregulierung und Privatisierung nicht allein auf dem Finanzmarkt sondern auch in der gesamten Wirtschaftspolitik. Deregulierung bedeutet im Kern das Ende der Politik, denn nicht mehr durch Entscheidungen gewählter Politiker und Politikerinnen soll die Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen gestaltet werden, sondern durch den Markt. Aber was ist das anderes als eine strukturelle Verantwortungslosigkeit? Wer aber kann auf seine Verantwortung hin angesprochen werden, wenn es um die Wirtschafts- und Finanzkrise geht? Die Politik hat es den Bankern und der Wirtschaft ermöglicht, alles Wirtschaften allein am Gewinn und der Rendite auszurichten: Deshalb kann man sie auch kaum den Banken vorwerfen, die sich gemäß den Regeln des Systems verhalten haben.

These 2: Mitten in einer der größten Wirtschaftskrise fragen wir nach einer Marktwirtschaft, die den Namen „sozial“ verdient.

Soziale Marktwirtschaft ist eine Chiffre, die sich auf die real existierende Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland bezieht. Was versteht man unter Soziale Marktwirtschaft?

- Die Ordoliberalen der Freiburger Schule wissen um die Defizite der Marktwirtschaft und erwarten deshalb von einem starken Staat, dass er Wettbewerb und Geldwert sichert. Die Funktionsfähigkeit des Marktes darf durch die vom Staat erwartete Funktion des sozialen Ausgleichs nicht beeinträchtigt werden.
- Der Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR definiert die Soziale Marktwirtschaft “durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen” (Art. 1, Abs. 3). Der Vertrag benennt die „Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft mit der freien Entscheidung der Unternehmer über Produkte, Mengen, Produktionsverfahren, Investitionen, Arbeitsverhältnisse, Preise und Gewinnverwendung” (Art. 11 Abs. 2). Hier wurde die Soziale Marktwirtschaft von vornherein im Sinne der Neoliberalen definiert. Mit diesem Selbstverständnis ist sie auch dort angekommen.
- Konstitutiv für das von den Kirchen im Wirtschafts- und Sozialwort verteidigte Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft ist ein Sozialstaat, der „nicht als ein nachgeordnetes und je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu ‘verschlankendes’

Anhängsel der Marktwirtschaft“ zu verstehen ist, sondern einen „eigenständigen moralischen Wert“ (Ziff. 133) darstellt.

Die Kirchen haben sich mit diesem Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft in den Definitionsstreit um die Soziale Marktwirtschaft eingeschaltet. „Die Kirchen sehen im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin (...) den geeigneten Rahmen für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Ziff. 9). Die Kirchen beziehen sich einmal auf eine Soziale Marktwirtschaft als einer „bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft“ (Müller-Armack, zit. in: Ziff. 143). „Das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft und die Qualität der sozialen Sicherung sind wie zwei Pfeiler einer Brücke“ (Ziff. 9, auch 142, 143, 145, 156). Zwischen beiden Definitionen jedoch besteht ein deutlicher Widerspruch. Das Bild für die Soziale Marktwirtschaft mit ihren beiden Pfeilern macht nicht mehr deutlich, dass das Soziale integrativer Bestandteil des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft ist. In dieser letzten Definition bekommt die „wirtschaftliche Freiheit“ daher eine eigenständige Bedeutung. Wie wird eine Marktwirtschaft sozial? Im Nachhinein soll es nunmehr bei den Ergebnissen des Marktes zu einem „sozialen Ausgleich“ kommen. Oder muss es eine „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ geben?

Das wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen nennt fünf Komponenten, mit denen sich die Marktwirtschaft in Deutschland das Adjektiv „sozial“ verdient:

- eine gerechte Verteilung und Beteiligung der Menschen am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben
- Verantwortung von Arbeitgeber und Gewerkschaften für die Aushandlung fairer und gerechter Arbeitsbedingungen
- marktwirtschaftliche Effizienz und der soziale Ausgleich durch den Sozialstaat als sich wechselseitig bedingende Momente
- gerechte Verteilungsprozesse
- ein Wirtschaftsbürgerrecht, das die Objektstellung der Arbeitnehmer überwindet und sie zu Subjekten des Sozialprozesses der Güterherstellung macht (Ziff. 143, auch Ziff. 172).

Deshalb ist eine doppelte Unterscheidung

1. zwischen einem Leitbild und der Realität
2. zwischen der Ursprungsversion und der Niedergangsversion zu machen.

Die Unternehmerdenkschrift der EKD setzt darauf, die Freiwilligkeit der Unternehmer statt staatliche Vorgaben zu stärken und fordert die „Begrenzung der staatlichen Regulierung auf das Notwendigste“ (Ziff. 44) und empfiehlt eine kapitalgedeckte Altersvorsorge in einer Zeit, in der die Finanzkrise die private Altersvorsorge vieler Menschen zunichte zu machen droht. (Ziff. 67) Wenn die Denkschrift dann auch noch bei höchsten Gehältern zu der Einschätzung kommt, dass „eine unmittelbar gesetzliche Begrenzung der Dotierung kaum die gewünschten Ergebnisse zeigen würde“ und „dringend einen freiwilligen (!) Verhaltenskodex“ (Ziff. 93) empfiehlt, dann fällt die Denkschrift auch hier gegenüber der politischen Debatte zurück, die längst Vorgaben für Gehälter gemacht hat. Die Empfehlung der Denkschrift von Regeln eines „ehrbaren Kaufmanns“ für die Unternehmer ist wie die Empfehlung einer Fahrradbremse am Interkontinentalflugzeug. Moralische Appelle helfen nicht. Es reicht nicht, nur einen „selbst (!) auferlegten Verhaltenskodex“ (Ziff. 82) zu fordern. Die moralischste Marktwirtschaft ist diejenige, die mit dem geringsten Anspruch an die Moral des Einzelnen auskommt.

Die Wirtschaftskrise hat die bittere Lektion verpasst: Wer wie die Denkschrift allein auf „ethisches Bewusstsein, klare Orientierung und Gebote sowie auf spirituelle Beheimatung“ (S. 17) setzt statt auf klare staatliche Vorgaben, Grenzen und Regeln, die ethisches Verhalten fördern und stärken, der überfordert die Unternehmer ethisch und lässt sie letztlich auch im Stich. Wir brauchen einen handlungsfähigen und starken Staat, der dafür sorgt, dass die Wirtschaft dem Wohle des Gemeinwesens dienlich ist. Erst danach kommt die ethische Verantwortung des Unternehmers. Doch diese Reihenfolge hat die Denkschrift mit umgekehrt. Genau dadurch aber komplettiert sie den Rückzug des Staates aus der „bewusst sozialen Steuerung der Marktwirtschaft“ (Müller-Armack). Wie im Lehrbuch schreibt die Denkschrift gegen diese Realität an: „In einem Ordnungsrahmen, der sowohl scharfen Wettbewerb wie auch sozialen Ausgleich sichert, kann dieses Streben nach persönlichem Wohlergehen zugleich zum Wohlstand aller führen.“ (43)

Die Unternehmerdenkschrift schreibt: „... dieser Systemansatz (gemeint ist: „sowohl scharfer Wettbewerb als auch sozialer Ausgleich ..“) ... nimmt den Menschen in gewisser Weise so, wie er ist und vertraut auf die Triebkraft des Eigeninteresses und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen. Wenn der Wettbewerb funktioniert, werden weder Konsumenten noch Arbeitnehmer ausgebeutet und es gibt keine Diskriminierung, da derjenige, der diskriminiert, einen Wettbewerbsnachteil erleidet.“ (Ziff. 44) Die Denkschrift

verschleiert nicht nur den gravierenden Unterschied zwischen der originären Sozialen Marktwirtschaft und ihrer als „neu“ oder „weiter entwickelt“ bezeichnete Niedergangsversion der vergangenen Jahrzehnte, sondern plädiert ganz eindeutig für die seit etwa zwei Jahrzehnten in Deutschland leitend gewordene neoliberale Wirtschaftsauffassung. Während sich das Sozialwort noch klar von dieser „Kapitalismus pur“ genannten Version des neoliberalen Kapitalismus abgrenzt, wird in der Denkschrift diese nirgends relativiert oder gar klar kritisiert. Geschrieben wurde die Denkschrift am Vorabend der Wirtschaftskrise. Altes Denken prägt die Denkschrift. Sie ist politisch, wirtschaftlich und sozial von gestern.

These 3: Die Politik ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Die ehemals sozial konzipierte Marktwirtschaft ist durch die Politik unsozial gemacht worden und wird dann als sozial verklärt.

Die derzeitige Wirtschaftskrise hat gelehrt: Der Staat ist nicht die Lösung des Problems sondern Bestandteil der Krise. In den letzten Jahren ist in seiner Gesetzgebung auf die Wünsche der Finanzmarktakteure eingegangen. Der Koalitionsvertrag der Regierung Merkel hat noch gefordert, „die „Finanzaufsicht mit Augenmaß“ zu verfolgen. Die unternehmerischen Freiheiten der Kapitalmarktakteure wurden aktiensteuer- und unternehmensrechtlich erweitert.

Hohe Einkommen und Vermögen wurden steuerlich privilegiert. Die Teilprivatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der Daseinsvorsorge erweiterte das Anlagespektrum auf den Finanzmärkten. Die Kehrseite der steigenden Einkommens- und Vermögenskonzentration waren stagnierende Masseneinkommen. Hierzulande stiegen die Realeinkommen der Beschäftigten nicht einmal mehr im Aufschwung. Neuere statistische Daten zur Vermögensverteilung in Deutschland belegen die Scherenentwicklung, die sich nicht mehr mit dem Selbstbild einer „sozialen“ Marktwirtschaft begründen lassen (DIW Wochenbericht, 4/2009): Das Nettogesamtvermögen betrug 2007 in Deutschland 6.6 Billionen Euro. An dieser Summe hatten 50 % aller Haushalte überhaupt keinen Anteil, d. h. die unteren fünf Dezile gingen sozusagen leer aus. Doch auch innerhalb der oberen Hälfte, d. h. jenen 50 % der Haushalte mit Vermögen, zeigt sich eine extreme Ungleichverteilung: Das reichste eine Prozent der Haushalte verfügt über 23 % des Vermögens; die obersten 5 % über 46 % und die reichsten 10 Prozent über 61.1 % des Nettovermögens. Anders formuliert: auf die 90 % der deutschen Haushalte unterhalb des

obersten Dezils entfielen 38.9 % des Nettovermögens. Am unteren Ende der Pyramide gab es nur Schulden.

Im Jahresdurchschnitt 2010 wird es nach Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung etwa 400.000 mehr Teilzeitbeschäftigte geben als 2008, aber etwa 300.000 weniger Vollzeitbeschäftigte. Dadurch erhöht sich die Zahl der Beschäftigten auch bei sinkendem Arbeitsvolumen. Allerdings führt diese Form der Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit – zusammen mit der Ausbreitung von Niedriglöhnen – dazu, dass immer weniger Arbeitsplätze eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Mittlerweile gibt es 1,4 Millionen Menschen, deren zu geringes Erwerbseinkommen durch Hartz IV aufgestockt werden muss, ein Viertel davon Vollzeitbeschäftigte. Das alles darf nicht darüber hinweg täuschen, dass wir es weiterhin und auf absehbare Zeit mit Massenarbeitslosigkeit zu tun haben. Die Bundesagentur selbst weist neben der „registrierten Arbeitslosigkeit“ auch die sogenannte „Unterbeschäftigung“ aus, die um mehr als 1,1 Millionen höher liegt. Sie schließt Menschen ein, die wegen Teilnahme an diversen Arbeitsmarktmaßnahmen, 1-Euro-Jobs, Alter oder Krankheit usw. nicht als arbeitslos gezählt werden. Dazu kommt noch die „Stille Reserve“ derjenigen, die an Arbeit interessiert, aber überhaupt nicht registriert sind, etwa weil sie keine Ansprüche haben. Insgesamt fehlen so in Deutschland weiterhin an die fünf Millionen reguläre Arbeitsplätze. Wir dürfen uns auch nicht darauf einlassen, schon von „Vollbeschäftigung“ zu sprechen, wenn es „nur“ noch ein oder zwei Millionen Arbeitslose gäbe.

These 4: Woran sich orientieren, wenn das Geld zur Religion geworden ist, der wir alles opfern?

Bischof Wolfgang Huber hatte Recht, als er Renditeziele von 25 Prozent kritisiert und Herrn Ackermann, einen Vorbeter beim großen Tanz ums goldene Kalb, angeprangert hat. Es geht aber nicht um Ackermann allein. Es geht nicht um Einzelne, sondern um ein ganzes System, das ums Goldene Kalb tanzt. Der Novartis Chef Daniel Vasella hat seit Jahren eine Rendite von 25 Prozent als Minimum bezeichnet. Der Bayer-Chef Werner Wenning hat für 2007 als operatives Renditeziel 24 Prozent genannt und erklärt für den Gesundheitssektor die Marge auf 28 Prozent zu steigern. Porsche hat 2008 einen Gewinn, der den Umsatz übersteigt. Wenn diese Renditeziele erreicht werden sollen, dann geht das nur, wenn Druck auf Arbeitnehmer ausgeübt wird. Im Kapitalismus ist Geld zur Religion geworden, eine Religion vor der alle in die Knie gehen und der alles geopfert

wird. Das Geld ist zum Gott geworden, dem ein Opfer dargebracht wird: Der Sozialstaat, von dem es heißt, dass wir ihn uns nicht mehr leisten können; Regelsätze nach Hartz IV, die so niedrig sind, dass sie dem Menschenwürdegebot des Grundgesetzes widersprechen – so ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, prekäre Arbeitsplätze, Niedriglohnbereiche, die Schöpfung, da allein durch Wirtschaftswachstum es wieder aufwärts gehen kann.

Die Bibel macht uns darauf aufmerksam, dass die Verheißung grenzenloser Reichtumsvermehrung, die hinter der Gier steckt, nicht nur ein moralisches oder ethisches Problem sondern ein religiöses Thema ist. Jesus verurteilt nicht den Reichtum, sondern er spricht von einem Gegensatz zwischen zwei Mächten: Gott oder Mammon (Mt 6,24 / Lk 16,13). Mammon meint „das, worauf man traut“. Wann immer Geld eine Bedeutung einnimmt, die über Tausch hinausgeht, wird Geld zu einer Macht, die die Bibel Mammon nennt. „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6,24). Es geht um „lieben“ und „dienen“, nicht um den Gebrauch des Geldes als Tauschmittel. Wo Geld aber zum Selbstzweck wird, wo seine Vermehrung der Zweck seines Besitzes ist, wo es – ökonomisch gesprochen – zu Kapital geworden ist, da besteht die Gefahr, dass es zu einem Götzen wird, der in Gegensatz zu Gott tritt. Der Mammon herrscht dann, wenn die schlechte Unendlichkeit permanenter Geldvermehrung als oberstes Ziel akzeptiert und dementsprechend behandelt wird, und für den ist seine Habsucht zum tödlichen Götzendienst geworden. Der Mammon hat keine eigene Lebenskraft. Ebenso wenig vermag das heutige Finanz- und Spekulationskapital aus sich heraus irgendetwas zu produzieren. In Eph 5,5 heißt es: „Der Habgierige, das ist der Götzendiener“. In den Pastoralbriefen, wohl einige Jahrzehnte nach Paulus abgefasst, fällt nicht weniger mild aus: „Die Wurzel aller bösen Dinge ist die Geldgier“ (1Tim 6,10).

Warum sind Habgier und Geldgier nicht nur eine menschliche Fehlhaltung sondern Götzendienst? Die Macht des Geldes wird reichlich unterschätzt, wenn Habgier nur als eine persönliche Untugend gesehen wird. Ethische Appelle mögen zwar gut gemeint sein, doch sie sind hilflos und reichen nicht hin, denn Geldgier ist ein strukturelles Merkmal einer Wirtschaftsweise und nicht lediglich eine persönliche Fehlhaltung. Habgier ist nicht als individuell-moralisches Vergehen anzusehen, sondern als ein strukturelles ökonomisches Verhalten in einer Wirtschaft, die sich Geld und nichts anderem als Geld ausrichtet. Wenn es bei der Frage der Habgier um nicht weniger als die Frage nach Gott geht, und wenn Habgier kein bloß individuelles Fehlverhalten ist, das sich leicht abstellen

ließe, sondern das strukturelle Problem einer ganzen Gesellschaft, dann kann die Reaktion darauf nicht in einem Appell an die Einzelnen bestehen, doch etwas weniger habgierig zu sein.

Strukturell unersättlich und habgierig ist eine Wirtschaft, die auf nichts anderem als auf die Vermehrung von Geld in immer mehr Geld aus ist. Mit dieser strukturellen Macht der Anhäufung, die unser Leben beherrschen will, haben wir es heute zu tun. Die Bibel fragt angesichts dieser Lage: Wer ist aber die alles bestimmende Wirklichkeit – Geld *oder* Gott? Die jesuanische Alternative „Gott *oder* Mammon“ stellt die Entscheidungsfrage nach der Geltung Gottes *oder* des Götzen Mammon. Sie argumentiert also theologisch und gerade nicht ethisch.

Luther hat diese biblische Sicht auf die Macht einer unendlichen Geldvermehrung in seiner Auslegung des ersten Gebotes von einer Antithese - Gott oder Mammon Geld - in das Zentrum der Rede von Gott aufgenommen. Das Erste Gebot lautet: „Du sollst keine anderen Götter neben mir haben.“ Luther erläutert dieses Gebot: „Das nun, sage ich, woran du dein Herz hängst und worauf du dich verlässest, das ist eigentlich dein Gott.“ Luther fügt erklärend hinzu: „Wer das Herz an Geld und Gut hängt, dient dem Mammon, nicht Gott.“ Luther nennt den Mammon den „allergewöhnlichsten Abgott auf Erden.“ Nach Luther genügt es also nicht, überhaupt einen Gott zu haben. Entscheidend ist vielmehr die Frage: Welcher Gott wird verehrt? Er kann nämlich sehr wohl ein anderer sein als jener, der im religiösen Glaubensbekenntnis bekannt wird. Deshalb sagt Luther: Auf wen der Mensch tatsächlich vertraut, den hat er auch durch seinen Akt des Vertrauens zu seinem Gott gemacht. Menschen können sich auf die Macht der unendlichen Geldvermehrung, also auf Mammon, verlassen oder auf den unendlich liebenden Gott. Beidemale vertrauen Menschen und bauen ihr Leben auf diese Macht. Wenn sie dies tun, dann stellen sie Gott und Mammon auf ein und dieselbe Stufe. Der Mammon eignet sich dann eine Funktion an, die der „rechte Glaube“ Gott allein vorbehält und eben nicht dem Mammon zukommen lässt. Hellsichtig analysiert Luther die frühkapitalistische Gesellschaft in seiner Zeit und deutet sie theologisch als eine neue Möglichkeit, einen Gott haben zu können, nämlich einen Geld-Gott. Lange Zeit haben die Theologen, diese Redeweise Luthers über Gott und den falschen Gott Mammon nicht recht wahrgenommen. Doch jetzt in Zeiten der Krise des Finanzkapitalismus, wo das Geld zur alles bestimmenden Wirklichkeit geworden ist, kann Luthers Unterscheidung zwischen Gott und Geld-Gott Mammon helfen, den Finanzkapitalismus zu durchschauen. Es genügt deshalb nicht, überhaupt einen Gott zu haben. Entscheidend ist vielmehr die Frage: Welchen Gott verehren die Menschen?

Mammon herrscht dann, wenn die permanenter Geldvermehrung als oberstes Ziel akzeptiert und entsprechend gehandelt wird. Die Götzenkritik der Bibel ist darin höchst aktuell, dass sie Götzen sichtbar macht und die beim Namen nennt, die sie sich tarnen wollen. Die jahrtausendealte Kritik der Bibel an der unersättlichen Geldvermehrung zeigt, dass die ungehinderte Geldvermehrung beileibe kein typisches Phänomen der Moderne ist. Typisch für die Moderne ist vielmehr, dass Mammon zugelassen wird. Mammon ist nicht das Geld als ein Tauschmittel oder als Rechnungseinheit, sondern als *Geldmacht*. Das Christentum hatte einst die ganze Welt erobert. Doch jetzt erobert ein anderer Glaube die Welt, und zwar umfassender und vollständiger als es das Christentum geschafft hat: Der Glaube an das Geld, den Kapitalismus.

Finanzmarktkapitalismus ist die Bezeichnung für diese besondere Entwicklungsform des Kapitalismus. Sie besteht darin, alle Regelungen und Institutionen, die den Markt begrenzen abzubauen. Arbeit wird jetzt nur noch als Kostenfaktor gesehen wird, der sich gegenüber den Ansprüchen der Kapitaleigner, der Shareholder rechtfertigen muss. Dann kann es zu Entlassungen kommen, selbst wenn die Gewinne steigen. Probeanstellung, Praktika, Scheinselbständigkeit, geringfügige Beschäftigung wird zum Alltag von immer mehr Menschen, die zuvor ein relativ gesichertes Einkommen erwarten konnte. Die Wissenschaft spricht hier von „prekären Wohlstand“.

Der Staat hat der Wirtschaft die Freiheit gegeben, die sie genutzt hat. Der Staat hat den Finanzmarktkapitalismus gefördert. Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im Klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden.“ Wenn die Finanzmärkte, die Aktionäre und Anleger bestimmen, welche Richtung die Politik einschlagen soll, heißt das: Löhne absenken, Lohnnebenkosten senken, Steuern senken. Das Ergebnis ist, dass sich seit 1998 die Zahl der Vermögensmillionäre auf 800.000 verdoppelt hat. Auch in der Finanzkrise ist die Zahl der Millionäre allein in Deutschland um 51.000 (über 6 Prozent) angestiegen. Millionäre kennen keine Krise. Die Finanzkrise führte nicht zu dem notwendigen, krisenmindernden Abschmelzen des gigantischen Geldüberhangs. Das wäre dann der Fall gewesen, wenn Banken, andere Geldinstitute und Spekulationsfonds echte Verluste hätten hinnehmen müssen oder gar Pleiten gegangen wären, was aber durch die staatlichen Bankenrettungsschirme zu Lasten der Steuerzahler verhindert wurde. So aber legen die Geld-Reichen ihre gewachsenen Finanzmittel erneut in der Finanzindustrie an, drehen noch gewagtere Spekulationsräder und beschleunigen die Raserei an den Finanzmärkten. Und die

staatlichen Rettungspakete ließen die Staatsschulden explodieren, mit der Folge, dass mit Staatsanleihen den Vermögenden ein neues risikofreies Anlagefeld eröffnet wurde.

Das Geldvermögen ist ein Treibstoff für den Finanzkapitalismus. Wenn die Finanzmärkte sich auf die maximale Geldvermehrung ausrichten setzen sie den Sozialstaat und auch die Arbeitsbedingungen in den Betrieben unter Druck. Die soziale Krise wird also ursächlich dadurch hervorgerufen. Das wachsende Geldvermögen braucht immer neue Anlagemöglichkeiten: In den privatisierten Wirtschaftssektoren wie Post, Gesundheitswesen, Bahn, Energie, Wasser. War früher der Abbau von Beschäftigung nur dann möglich, wenn ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, so sprechen die Unternehmen heute in einem Atemzug von Entlassungen und Gewinnsteigerungen.

Nun sind die Strategien der Kapitalvermehrung keineswegs Naturgesetze, sondern Ergebnis einer Deregulierung durch die Politik. So wurde beispielsweise der Markt für innovative Finanzprodukte in Deutschland durch eine Koalition aus SPD, Grünen, CDU und FDP aktiv bereitet. Im Koalitionsvertrag (2005) von SPD und CDU/CSU heißt es: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum ist ein international wettbewerbsfähiger `Finanzplatz Deutschland`. (...) Der deutsche Finanzmarkt besitzt ein großes Potential, das unter Beachtung der ständigen Fortentwicklung der globalen Finanzmärkte in der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden soll. (...) Produktinnovationen und neue Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für neue Anlageklassen in Deutschland schaffen. Hierzu gehören: der Ausbau des Verbriefungsmarktes, - die Erweiterung der Investitions- und Anlagemöglichkeiten für Public-Private Partnerships.“ Weiter heißt es, man wolle eine Finanzmarktaufsicht “mit Augenmaß”.

Die Regierungen waren gar nicht mehr stark genug oder willens, sich diesem Druck der international operierenden Finanzmärkte zu widersetzen. Die demokratisch gewählten Regierungen tun gut daran, sich dem Druck der Märkte zu beugen. „Es darf nicht mehr sein, dass die Banken und die Banker die Kiste gegen die Wand fahren und dann den Steuerzahler aufräumen lassen. Wir brauchen Regeln, damit der Staat nie wieder von den Banken erpresst werden kann.“ So reagiert Bundeskanzlerin Merkel auf die Finanzkrise. Der Staat hat sich dem Druck bürgerlicher Eliten gebeugt, indem er die solidarischen, an die Erwerbsarbeit gekoppelten und umlagefinanzierten Sicherungssysteme deformierte

und mit gleichzeitigen Appellen an die private Vorsorge deren Sicherungsniveau absenkte. Er hat die Arbeitsmärkte entregelt, sodass die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse wuchs, ein Niedriglohnsektor entstand, Armutslöhne gezahlt wurden und die Armutsrisikoquote kontinuierlich stieg.

Eigentliches Steuerungszentrum des Finanzmarktkapitalismus sind (Aktien-)Märkte, auf denen mit fiktivem Kapital gehandelt wird. Die Unternehmen sind eine Kapitalanlage in den Händen der Aktionäre. Folglich bedienen die Manager ausschließlich die Interessen der Aktionäre. Die Interessen der Belegschaft, der abhängig Beschäftigten, der Kunden, der öffentlichen Hand und das Interesse an der Erhaltung der natürlichen Umwelt spielen keine oder nur eine nachrangige Rolle. Die Finanzmärkte üben Druck auf die Unternehmen aus, damit möglichst wenig Steuern, möglichst niedrige Löhne gezahlt und möglichst geringe Sozial- und Umweltabgaben entrichtet werden. Arbeit wird nur noch strategisch genutzt, um die Beschäftigung flexibel an die Konjunktur und die Märkte anzupassen. Während die Eigenkapitalrendite trotz Krise bei 16, 18 oder gar 25 % fixiert ist, werden die flexibel Beschäftigten zu einer Manövriermasse, deren „Aussteuerung“ der Absicherung des Gewinnziels dienen soll. Das hohe Geldvermögen wirkte wie ein Treibstoff für die Finanzmärkte. Das Geld hat immer neue Anlagemöglichkeiten im Kasino gesucht und dadurch den Sozialstaat unter Druck gesetzt.

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen: Entfesselte Märkte, in denen den Banken und Finanzmanager möglichst freie Hand gelassen wird, zerstören sich selbst und die ganze Wirtschaft. Der entfesselte Finanzkapitalismus ist die Kehrseite der sozialen Krise. Die Krise der Finanzmärkte und die Förderung prekärer Beschäftigung sind Folgen einer verfehlten neoliberalen Wirtschaftspolitik, die sich als Irrweg gezeigt hat. Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sind im Finanzkapitalismus zu Restgrößen im Wettbewerb geworden, die sich flexibel der jeweiligen Auftragslage anzupassen haben.

Der Staat aber ist weder der Retter in der Krise noch die Lösung. Es war nämlich der Staat, der eine Politik der Deregulierung der Finanzmärkte betrieben hat. Er hat beispielsweise den Hedgefonds und „Heuschrecken“ (Münzfefering) einen roten Teppich ausgebreitet oder riskante Finanzprodukte erlaubt. Der Staat hat auch die Arbeitsmärkte dereguliert, indem er den Kündigungsschutz gelockert, Tarifverträge geschwächt und prekäre unsichere Arbeit gefördert hat, von der man nicht leben kann. Das Ergebnis dieser Politik zeigt sich in der steigenden Armut mitten in einer reichen Gesellschaft. Das Prinzip

des „Geldmachens“, der maximalen Rendite, wurde dadurch zur alles entscheidenden Triebkraft.

These 5: Konturen einer Sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen verdient: eine demokratische, sozial regulierte und ökologisch nachhaltige Marktwirtschaft: Priorität der Arbeit, Priorität für die Arbeit vor dem Kapital

Zu Recht erinnert die EKD in ihrem Wort zur Finanzkrise deshalb auch an eine ethische Grundüberzeugung, die so selbstverständlich ist und gleichwohl missachtet wurde. „Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich.“ Wirtschaft ist ein Mittel, das sich für den Zweck nützlich erweisen muss, die Entwicklung der Menschen zu fördern. Die Wirtschaft ist ein Mittel für einen lebensdienlichen Zweck stellt der Papst klar und sagt: „Die ganze Wirtschaft und das ganze Finanzwesen - nicht nur einige ihrer Bereiche – müssen nach ethischen Maßstäben als Werkzeug gebraucht werden, so dass sie angemessene Bedingungen für die Entwicklung des Menschen und der Völker schaffen.“ Die Wirtschaftskrise ist also eine ethische Orientierungskrise.

Die evangelische Kirche hat deshalb wie der Papst eine Rahmenordnung gefordert, die der Wirtschaft Ziele setzt:

- eine Wirtschaft, die den Menschen dient, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören, sowie
- eine (Welt-)Gesellschaft, die die Verbesserung der Situation ihrer ärmsten und schwächsten Mitglieder zu ihrer vorrangigen Aufgabe macht, und
- schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgabe stellt.

Die Enzyklika meint dasselbe, wenn sie davon spricht, dass der Mensch „Urheber, Mittelpunkt und Ziel aller Wirtschaft“ ist.

Wenn es eine Lektion gibt, die aus dem Finanzcrash zu lernen ist, dann diese: Märkte regulieren sich nicht selber. Märkte brauchen einen handlungsfähigen und handlungswilligen Staat, welcher der Wirtschaft einen Rahmen setzt und für Gerechtigkeit sorgt. Bei der Vorstellung des Wortes des Rats der EKD hat deren Vorsitzender Wolfgang Huber hingegen die biblische Option für die Armen einen rettenden, ja heilenden Maßstab genannt: „Eine Heilung in der Krise wird möglich, wenn das Schicksal der Schwachen unseren Blick auf die Wirklichkeit im Ganzen lenkt.“

Es reicht nicht aus, wenn nur die momentanen Schäden repariert werden. Deshalb sind gänzlich andere und wesentlich weiter reichende Maßnahmen vonnöten als solche, welche die Politik jetzt ergreift. Wenn Menschen nicht abermals Opfer einer strukturellen Verantwortungslosigkeit werden sollen, brauchen wir eine Umkehr. Elemente einer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Neuorientierung wären sieben Grundregeln für eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neuorientierung brauchen wir:

Grundregeln 1: Wir brauchen Regeln der Gerechtigkeit für die ineinander verwobene Wirtschafts- und Finanzkrise und die soziale Krise.

„Regeln der Gerechtigkeit“ fordert die Enzyklika und das Wort der EKD fügt hinzu: eine „robuste Regulierung der Weltfinanzmärkte“ und „eine wirksame Regelung der Haftung der ‚Verantwortlichen‘“. Die Globalisierung hat zu einem Raubtierkapitalismus geführt und jetzt muss die Politik ihren Beitrag zur „Zivilisierung der Wirtschaft“ leisten. Die Enzyklika fordert „von der Politik geleitete Mechanismen zur Umverteilung“ und die EKD nennt sie einen „Motor des sozialen Ausgleichs“. Der Staat und die Staatengemeinschaft sind gefordert, die Krise zu bewältigen. Darin sind sich beide kirchlichen Äußerungen einig.

Grundregeln 2: Politik nicht dazu da ist, Märkten immer größere Freiräume zu gewähren, sondern sie in den Dienst für das Gemeinwesen zu stellen.

Eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte ist dringend nötig. Nötig ist ein Umdenken: Politik nicht dazu da ist, Märkten immer größere Freiräume zu gewähren, sondern sie in den Dienst für das Gemeinwesen zu stellen. Das Gewinnstreben in der Wirtschaft darf nicht zur individuellen Bereicherung führen, sondern muss Antrieb sein, das „Wohlergehen der Menschen“ zu erhöhen.

Bislang haben die Kapitaleigner einen übergroßen Teil des gesellschaftlichen Reichtum für sich beansprucht und eine Umverteilung von unten nach oben organisiert. Dadurch ist Spielgeld ins Spielcasino gespült worden statt den gesellschaftlich erzeugten Reichtum für die Wohlfahrt der Menschen nützlich zu machen.

Grundregeln 3: Das Spielcasinos des Kapitalismus muss „ausgetrocknet“ werden.

Deshalb ist erstens eine faire Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung auf alle vonnöten, die diese auch erwirtschaftet haben. Dazu gehören Mindestlöhne ebenso auch eine Tarifpolitik, die für existenzsichernde Löhne sorgt. „Von der Politik geleitete Mechanismen zur Umverteilung“ sind nicht ideologische Forderungen, sondern

Erfordernisse für ein gerechtes Gemeinwesen. Die EKD nennt sie einen „Motor des sozialen Ausgleichs“.

Grundregeln 4: Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus

Bislang hieß es, dass die Kosten des Sozialstaates die Gewinne der Unternehmen schmälern würden. Doch der Sozialstaat ist der Schlüssel zur Regulierung des Kapitalismus. Deshalb steht zweitens die Weiterentwicklung des Sozialstaates auf der Tagesordnung. Der große Mann der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning hat auf diese innere solidarische Verfasstheit des Sozialstaats hingewiesen und zugleich betont, dass ein werteorientiertes Entscheidungshandeln nötig ist: „Wenn aber die Aussage, die Wirtschaft sei für den Menschen da und nicht der Mensch für das Wohlergehen der Wirtschaft, keine nichtssagende Leerformel sein soll, dann bedeutet die Befriedigung des Bedarfs nicht nur der in der Wirtschaft tätigen aktiven Generation, sondern auch der nicht und der nicht mehr Aktiven nicht ‚Kosten‘, die vom Ertrag der Wirtschaft abgehen oder ihren Erfolg schmälern, sondern erfüllt genau den Zweck der Wirtschaft. ... Sinnvollerweise kann die Frage, was unser Sozialstaat ‚kostet‘, sich nur darauf beziehen, ob er uns *wert* ist, was er uns kostet. ... Der einzige gemeinsame Maßstab, in dem sowohl der Aufwand als auch der Ertrag im ganzen sich messen und miteinander vergleichen lassen, ist der ethische Wertmaßstab der Solidarität. Wer diesen Maßstab nicht in sich trägt, für den ist der Sozialstaat und die Frage, was er ‚kostet‘, *sinnlos*.“ (1982) Mehr öffentliche Investitionen, mehr Beschäftigung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur und ein Umsteuern in ökologische Projekte können dann durch eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes finanziert werden. Das wären Inhalte einer anderen Politik, die nötig wäre.

Grundregeln 5: Die öffentliche Daseinsvorsorge muss nach dem Bedarf und nicht als möglichst profitable Geldanlage organisiert werden.

Die Suche nach renditeträchtigen Anlagefeldern für das Kapital ist eine Haupttriebkraft für die Privatisierung der Bahn und Post, der Energie- und Wasserversorgung, des Gesundheitswesens, der Pflege sowie der Teilprivatisierung der Rente. Diese Privatisierungen müssen gestoppt werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss nach dem Bedarf und nicht als möglichst profitable Geldanlage organisiert werden. Zukunftsorientiert sind deshalb Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Gesundheit oder Pflege. Dies aber erfordert viertens, dass der Staat eine faire Steuerpolitik betreibt, die dafür sorgt, dass starke Schultern auch wieder mehr tragen. Die

Bewältigung der Krise darf die soziale Ungleichheit nicht verschärfen. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer sind Instrumente, dass der Reichtum dieser Gesellschaft für die Wohlfahrt aller nützlich sein kann.

Grundregeln 6: Wir brauchen eine Stärkung der Demokratie, damit die Lebensinteressen der Menschen und nicht der Kapitalvermehrung wieder in den Mittelpunkt kommen

Die Politiker müssen schließlich daran gehindert werden, Gelder zur Rettung von Banken und Unternehmen in die Hand zu nehmen, ohne diese Gelder mit Auflagen und Rechten für Mitsprache und Mitbestimmung zu verbinden. Der Staat darf nicht in Geiselhaft genommen werden und nur die Interessen der Banken schützen. Damit der Staat nicht abermals vor den wirtschaftlichen Interessen duckt, muss die Demokratie gestärkt werden. Diejenigen, deren Profitpoker das Finanzsystem ruiniert hatte, dürfen sich nicht auf einen risikofreien Kapitalismus verlassen. In Zukunft bedarf es sowohl einer robusten Regulierung der Weltfinanzmärkte als auch einer wirksamen Regelung für die Haftung der „Verantwortlichen“.

Grundregeln 7: Wir brauchen eine neue Wertschätzung einer Kultur der Solidarität. Diese solidarische Kultur ist die Basis, auf der alles ruht und die erst diese Neuorientierung ermöglicht.

Umsteuern tut not. Es geht bei der Bewältigung um die zentrale Frage: In welchem Land wollen wir leben? Wie wollen wir leben? Deutschland ist ein reiches Land. Die finanziellen Möglichkeiten dieses reichen Landes für wirkliche Reformen, die zu einer gerechteren und zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen können, sind vorhanden.